

DIE CHRONIK DES JAHRES 1969

Das Ende der 60er Jahre war geprägt durch die historische Zäsur eines tiefgreifenden Wandels. Die Liberalisierung schien in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften nicht mehr aufzuhalten. Konservative Politik konnte den Bedürfnissen einer breiten Masse von Menschen nicht mehr gerecht werden, zumal die sozialen Verhältnisse und Strukturen sich modernisierten.

So wurden auch die Proteste gegen die amerikanische Intervention in Vietnam, an dem auch der neue Präsident Nixon festhielt, immer lauter. Die Massendemonstration im November in Washington stellt dabei den weltweiten Höhepunkt des Protests dar.

Und in Frankreich endete die Ära de Gaulles: Nachdem eine von ihm forcierte Regional- und Senatsreform beim Volksentscheid scheiterte, trat Charles De Gaulle als Staatspräsident zurück. Sein Nachfolger wird Georges Pompidou.

In der Bundesrepublik Deutschland vollzog sich ein politischer Machtwechsel, welcher vorerst die Ära der Christdemokratischen Regierung als auch die Große Koalition unter CDU-Kanzler Kiesinger beendete.

Bei der Bundespräsidentenwahl im März wurde der SPD-Kandidat Gustav Heinemann in einer dramatischen Wahl mit den Stimmen der FDP im dritten Wahlgang gewählt. Was sich in der Bundesversammlung andeutete, ein Koalitionswechsel der FDP und eine daraus resultierende Mehrheit aus SPD und FDP, sollte sich nach der Bundestagswahl im Bundestag fortsetzen.

Die Bundestagswahl 1969 ergab ein ähnlich unklares Ergebnis wie bereits 1965. Zwar erhielten CDU/CSU die meisten Stimmen, doch für eine Regierungsbildung war eine Koalition notwendig. Führende Politiker innerhalb der SPD wie Herbert Wehner und Helmut Schmidt waren für das Fortsetzen der großen Koalition, doch Willy Brandt vereinbarte noch in der Wahlnacht die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit dem FDP-Parteivorsitzenden Walter Scheel. Mit einer knappen Mehrheit der neugebildeten sozial-liberalen Koalition wurde Willy Brandt vom Parlament zum Bundeskanzler gewählt und wurde damit der erste sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Mit dem Motto "Mehr Demokratie wagen" leitete die sozial-liberale Regierungskoalition unter dem Führungsduo Brandt und Scheel ein Umdenken in der Ostpolitik ein, mit dem Ziel den Kalten Krieg durch eine Politik der Annäherung und der kleinen Schritte abzumindern.

Folgerichtig war einer der ersten Handlungen der neuen Regierung die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages. Der Vertrag, der die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen regelte, wurde 1969 zunächst von den Atommächten USA, Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet, bevor sich im Laufe des Jahres weitere Staaten anschlossen.

Der bestehende Ost-West Konflikt sorgte für eine Konkurrenz der Systeme, die zum technischen Fortschritt führte. Zwischen der USA und der Sowjetunion setzte im kalten Krieg ein regelrechter Wettlauf um die Vorherrschaft im Weltraum ein. Nachdem 1957 mit der russischen Sputnik der erste Satellit die Erde umkreiste, betrat mit Neil Armstrong ein Amerikaner als erster Mensch 1969 den Mond.